

Executive Summary

August 2023

Executive Summary

Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie

Johannes Starkbaum, Katrin Auel, Valentina Bobi, Simon Fuglsang,
Peter Grand, Erich Griessler, Thomas König, Lucilla Losi, Fabian
Seiser, Guido Tiemann, Klaus Taschwer und Martin Unger

**Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Zusammenarbeit mit der Universität Aarhus
im Auftrag des
Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)**

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Impressum

AutorInnen:

Johannes Starkbaum, Katrin Auel, Valentina Bobi, Simon Fuglsang, Peter Grand, Erich Griessler, Thomas König, Lucilla Losi, Fabian Seiser, Guido Tiemann, Klaus Taschwer und Martin Unger

Kurztitel:

Executive Summary - Ursachenstudie Wissenschafts- und Demokratieskepsis

Kontakt:

Dr. Johannes Starkbaum

T +43 1 59991-128

E starkbaum@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Die Publikation wurde sorgfältig erstellt und kontrolliert. Dennoch erfolgen alle Inhalte ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Executive Summary

Zielsetzung und Dimensionierung

In den letzten beiden Jahren ist das Thema Wissenschafts- und Demokratieskepsis, insbesondere wegen der Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie und der medialen Rezeption der Eurobarometer Umfrage 516 aus dem Jahr 2021, stärker in den Fokus politischer und medialer Diskussion geraten. Themen, die im Rahmen dieser Debatte angesprochen wurden, waren zum Beispiel die Hinterfragung der demokratischen Legitimation der Maßnahmen, die Impfskepsis, verbale Angriffe auf WissenschaftlerInnen, verschiedene Umfragen zu Wissenschaftsskepsis in Österreich sowie die Verbreitung von Verschwörungstheorien. Ein häufiger Topos der Debatte war die vermeintliche Sonderstellung Österreichs in Bezug auf Wissenschafts- und Demokratieskepsis. Diese Studie beschäftigt sich daher mit der Frage, ob und in welchem Ausmaß in der Bevölkerung Österreichs Wissenschafts- und Demokratieskepsis besteht, was mögliche Gründe für etwaige Skepsis sein könnten und in welchen Bereichen Handlungen zur Besserung der Situation gesetzt werden könnten.

Die Studie wurde vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) im Rahmen der Ausarbeitung einer Ressortstrategie zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie beauftragt. Sie konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Demokratie und befasst sich mit den Fragen, (1) wie sich diese Beziehungen in Österreich historisch entwickelt haben, (2) welche Einstellungen sich in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie feststellen lassen und (3) wie sich diese im Zusammenwirken mit anderen Gesellschaftsbereichen gestalten. Nicht zuletzt reflektiert die Studie auch die häufig wenig definierten Begriffe Wissenschafts- und Demokratieskepsis, um sie für die empirische Analyse verwendbar zu machen. Neben einer Literatur- und einer historischen Analyse besteht die empirische Arbeit aus einer Sekundärdatenanalyse mehrerer wissenschaftlicher Umfragedaten, Fokusgruppen, ExpertInneninterviews sowie einem ExpertInnenworkshop. Aus den Ergebnissen der Studie werden Faktoren zur Erklärung von Skepsis und entsprechende Handlungsfelder abgeleitet.

Grundsätzlich positive Einstellungen aber auch Kritik

Die Ergebnisse der Analyse von Sekundärdaten (Eurobarometer 2021, European Social Survey Welle 10, Austrian Corona Panel Project 2020-2022, Citizens' Attitudes Under Covid-19 Pandemic 2020, Wellcome Global Monitor 2018/2020) zeigen, dass ein

Großteil der österreichischen Bevölkerung der Wissenschaft und Demokratie gegenüber positiv eingestellt ist. Allerdings stehen Teile der Bevölkerung diesen beiden Bereichen auch mit Desinteresse, Kritik und Skepsis gegenüber. Unterschiedliche Umfragen zeigen deutlich, dass das Vertrauen der Befragten in Wissenschaft und WissenschaftlerInnen im Vergleich zu anderen Institutionen bzw. Personengruppen fast durchgehend am höchsten ist und im Zeitverlauf der letzten Jahre auf diesem hohen Niveau weitgehend stabil geblieben ist. Es gibt auch keine eindeutigen Hinweise dafür, dass in letzter Zeit ablehnende Haltungen gegenüber Wissenschaft zugenommen hätten. Die vorhandenen Daten bestätigen nicht, dass Österreich im EU-27-Vergleich unter den besonders wissenschaftsskeptischen Ländern ist. Einerseits zeigen sich Befragte in Österreich tatsächlich bei einigen Fragen des 2021 Spezial-Eurobarometers gegenüber Wissenschaft im EU-27-Vergleich besonders ablehnend oder distanziert - bei den Themen Kernenergie oder Gentechnik z.B. vermuten Befragte in Österreich vergleichsweise häufiger negative Auswirkungen. Andererseits äußern sich Befragte in Österreich aber auf Fragen zu Auswirkungen von erneuerbaren Technologien oder Impfstoffen, vorwiegend positiv und damit ähnlich wie der EU-27-Durchschnitt (siehe Kapitel 3.3).

Die Ergebnisse der Analyse unterschiedlicher Datensätzen zeigen aber auch, dass Teile der österreichischen Bevölkerung gegenüber Wissenschaft desinteressiert, kritisch oder auch skeptisch eingestellt sind. Dies erfasst der Spezial-Eurobarometer 2021 beispielsweise mit Fragen zur Bedeutung von Wissenschaft für den Alltag der Befragten oder zur Rolle der Wissenschaft für den zukünftigen Wohlstand Österreichs. Andere Umfragen verweisen auch auf eine kritische Einschätzung der Arbeit von WissenschaftlerInnen, ihrer Kompetenz oder ihrer Motivation, durch die Befragten (siehe Kapitel 6.1 und 6.2). In den Fokusgruppen unserer Studie wurde Kritik an Wissenschaft (und Demokratie) geäußert, welche sich vorrangig auf Einflussnahme durch Politik oder Wirtschaft, sowie die Verfolgung von Eigeninteressen von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen bezieht (siehe Kapitel 7.2). Aber auch Widersprüche zwischen den Aussagen verschiedener WissenschaftlerInnen und nicht-lineare Wissensfindungsprozesse, die unter anderem während der COVID-19-Pandemie für die Öffentlichkeit sichtbar wurden, können Grund für Irritation sein. Dabei wird jedoch teilweise zu wenig bedacht, dass, wie auch die ExpertInneninterviews gezeigt haben, organisierte Skepsis und offener kritischer Diskurs Wesensmerkmale von Wissenschaft und auch Demokratie sind (siehe Kapitel 5.1 und 7.1).

Differenzierter Blick auf Wissenschaftsskepsis

Wissenschaftsskepsis wurde im Rahmen der Studie als grundsätzliche und unbegründete bzw. ungerechtfertigte Ablehnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen definiert (siehe

Kapitel 3.5). Auf der Basis der Daten des Spezial-Eurobarometers 2021 hat diese Studie daher Wissenschaftsskepsis anhand der Zustimmung zu vier Aussagen gemessen, die dem derzeitigen wissenschaftlichen Konsens in den Bereichen menschengemachter Klimawandel, Evolutionstheorie, Erzeugung von Viren und Zurückhalten von Heilmittel gegen Krebs diametral widersprechen. Österreich liegt bei der Zustimmung zu diesen Aussagen zwar im EU-27-Mittelfeld, allerdings stimmt ein wesentlicher Teil der Bevölkerung - je nach Aussage zwischen 31 Prozent und 21 Prozent - stimmen zumindest einer dieser Gegenkonsens-Aussagen zu.

Aber auch hier ist eine reflektierte Interpretation der Ergebnisse notwendig. Betrachtet man den Anteil der Befragten des Eurobarometer 2021 in Österreich, die gleichzeitig mehreren dieser wissenschaftsskeptischen und zum Teil verschwörungstheoretischen Aussagen zustimmen, verkleinert sich diese Gruppe. Lediglich ein Prozent der Befragten stimmen allen vier Aussagen zu und weitere neun Prozent drei der vier Aussagen (siehe Kapitel 6.1). Diese Gruppe macht, nach der Operationalisierung unserer Studie, den Kern der systematisch skeptischen Personen aus, die Wissenschaft grundsätzlich und über mehrere Bereiche hinweg ablehnen (siehe Kapitel 3.5).

Nicht jede Kritik an Wissenschaft kann mit Skepsis gleichgesetzt werden, wie unsere qualitativen Daten verdeutlichen. Teilnehmende gaben in den Fokusgruppen teilweise die gleiche Antwort auf ihnen vorgelegte Survey-Fragen, legitimierten dies jedoch aus unterschiedlichen Gründen. So bekräftigten beispielsweise mehrere Personen in den Fokusgruppen, dass das Vertrauen in den „gesunden Menschenverstand“ keine Ablehnung von Wissenschaft bedeuten muss (siehe Kapitel 7.2.3). Auch in den ExpertInneninterviews wurde Wissenschaftsskepsis sehr unterschiedlich interpretiert. Diese Interpretationen reichten von grundsätzlicher Ablehnung von Wissenschaft, ihrer Legitimation und Methode bis zur Auslegung von Wissenschaftsskepsis als grundsätzlich positiv zu bewertende Skepsis gegenüber den Risiken von technologischen Anwendungen von Wissenschaft in Wirtschaft und Politik (siehe Kapitel 7.1).

Zudem ist eine wissenschaftsskeptische Einstellung nicht eindeutig mit Interesse oder Desinteresse an Wissenschaft verbunden, wie Umfragedaten des Wellcome Global Monitor zeigen. In der Sekundäranalyse des Spezial-Eurobarometer 2021 geben „SkeptikerInnen“ etwas häufiger an, sich sehr für Wissenschaft zu interessieren und sich, im Vergleich mit allen befragten ÖsterreicherInnen, intensiver mit Wissenschaft zu beschäftigen. Insgesamt ist das Interesse an Wissenschaft in Österreich etwas geringer als im EU-27-Durchschnitt, hat aber gegenüber 2010 leicht zugenommen. Personen, die wissenschaftsskeptischen Aussagen zustimmen, unterscheiden sich zudem, unseren Analysen nach, in ihrem Verhältnis zu Wissenschaft in vielen Aspekten nicht wesentlich von der Allgemeinbevölkerung.

Zusammenhang zwischen Wissenschafts- und Demokratieskepsis

Die im Rahmen des Projekts analysierten Umfragen zeigen, dass sich Zustimmung zu wissenschaftsskeptischen Aussagen und geringes Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie in allen Bevölkerungsgruppen finden. Das bedeutet: auf der Basis von soziodemografischen Merkmalen lassen sich für diese Bereiche keine eindeutigen Gruppen von „SkeptikerInnen“ identifizieren. Mit geringerem Vertrauen, Unzufriedenheit und Skepsis verbunden sind die Merkmale jüngeres Alter, niedrigeres Bildungsniveau, Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben bzw. der Demokratie und politische Orientierung am politisch rechten Spektrum. Im Vergleich vertrauen Frauen Wissenschaft etwas weniger als Männer. Daten des Eurobarometer 2021 zeigen zudem höhere Zustimmung zu wissenschaftsskeptischen Aussagen bei Personen, die angeben, in einer Großstadt zu wohnen. Aber, die quantitativen Ergebnisse sind hier nicht für alle Umfragen einheitlich und nicht immer empirisch zuverlässig feststellbar.

Insgesamt lassen sich in mehreren Umfragen für Wissenschaftsvertrauen und Demokratiezufriedenheit ähnliche Muster hinsichtlich soziodemografischer Merkmale identifizieren. Unsere Analysen zeigen darüber hinaus, dass auch grundlegende politische Einstellungen, Populismusaffinität und Demokratieverständnis in ähnlicher Weise mit Wissenschaftsvertrauen und Demokratiezufriedenheit zusammenhängen. Personen, die Parteien als das Hauptproblem des Landes identifizieren, direkte Volksentscheide der repräsentativen Demokratie vorziehen und eine starke Führungspersonlichkeit an der Spitze installiert sehen möchten, die nicht durch Parlament und Wahlen beschränkt wird und politische Entscheidungen allein trifft, vertrauen Wissenschaft weniger und sind mit der Demokratie unzufriedener. In ähnlicher Weise hängen höhere normative Erwartungen an die Demokratie, ein als besser wahrgenommenes Funktionieren der Demokratie in Österreich sowie die Wahrnehmung, auf die Politik in Österreich Einfluss nehmen zu können, sowohl mit Wissenschaftsvertrauen als auch Demokratiezufriedenheit positiv zusammen. Auch die durchgeführten Fokusgruppen zeigen, dass Wissenschaft in Zusammenhang mit der Demokratie gesehen wird und sich Kritik an dieser vorrangig auf die praktische Umsetzung im Kontext politischer und wirtschaftlicher Interessen bezieht (siehe Kapitel 7.2.4 und 7.2.6). Befragte scheinen teilweise wenig zwischen WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zu differenzieren, beide als RepräsentantInnen privilegierter Gruppen zu verstehen und ihnen gleichermaßen die Verfolgung von Eigeninteressen zu unterstellen. Entsprechend scheint ein Teil der Befragten zwischen Wissenschaft, ihren Prinzipien und Methoden einerseits und der institutionellen und personellen Dimension von Wissenschaft andererseits zu differenzieren.

Im Gegensatz zum Vertrauen in die Wissenschaft hat das Vertrauen in politische Institutionen und AkteurInnen und die Zufriedenheit mit der Demokratie in den letzten

Jahren kontinuierlich abgenommen. Das verdeutlichen mehrere der untersuchten Umfragen. In einer längerfristigen Perspektive zeigt sich diese Abnahme weniger dramatisch (siehe Kapitel 3.4). Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei der Zufriedenheit mit der Demokratie, im European Social Survey 2021, etwas über dem Durchschnitt der beteiligten europäischen Länder (siehe Kapitel 6.2.4). Der in Umfragen messbare und in den Fokusgruppen sichtbare Zusammenhang von negativen Äußerungen zu Wissenschaft und Demokratie spricht dafür, dass diese Bereiche von der Bevölkerung als miteinander verbunden wahrgenommen werden. Kritik geht dabei oftmals über die einzelnen Bereiche hinaus und kann die Verflechtung dieser gesellschaftlichen Teilsysteme betreffen sowie, in manchen Fällen, eine generellere Ablehnung des politischen und demokratischen Systems bedeuten.

Ein ambivalentes historisches Erbe

Damit verbunden zeigt die historische Analyse, dass Österreichs Geschichte Ereignisse und Traditionslinien aufweist, die für die Entwicklung von Wissenschaft und Demokratie nicht förderlich sind. Stichwortartig sind hier Gegenreformation, Absolutismus, Restauration, gescheiterte Revolutionen, Bürgerkrieg, Ständestaat, Nationalsozialismus und darauffolgende Konkordanzdemokratie, Proporz und Nicht-aufarbeitung der Geschichte von Bürgerkrieg und Nationalsozialismus nach 1945 zu nennen (siehe Kapitel 4). Diese politischen Entwicklungen waren auch für die Wissenschaft ungünstig, zum Teil sogar zerstörend. Die politische Kultur Österreichs ist jedoch nicht eindimensional. Es bestehen auch starke gegenläufige Traditionslinien, die in Richtung Emanzipation breiterer gesellschaftlicher Gruppen gerichtet sind wie Aufklärung, Aspekte des Josephinismus, die Revolution von 1848, Liberalismus, Ausweitung des Wahlrechts, Gründung der Republik, Widerstand gegen Nationalsozialismus und neue soziale Bewegungen. Für die Handlungsfelder gegen Wissenschaft- und Demokratieskepsis bedeuten die Ergebnisse der historischen Analyse, an jene Handlungsmuster anzuknüpfen, die in Epochen von Demokratisierung und Förderung von Wissenschaft gebildet wurden (z.B. Volkshochschulen als Orte der Wissenschaftskommunikation, Mäzenatentum). Zugleich sind Handlungsmuster zu vermeiden, die in Richtung Autokratie und Diktatur führen können (z.B. mangelnde Diskussionsbereitschaft und -fähigkeit, Abwertung der jeweils Andersdenkenden).

Zentrale Faktoren zur Erklärung von Wissenschafts- und Demokratieskepsis in Österreich

Diesen Ergebnissen folgend haben wir acht Faktoren identifiziert, die ursächlich zur Wissenschafts- und Demokratieskepsis in Österreich beitragen. Diesen ordnen wir Handlungsfeldern für AkteurInnen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu.

1. In der Debatte zu Wissenschafts- und Demokratieskepsis wird häufig jede Form von Kritik an Wissenschaft pauschal mit Wissenschaftsskepsis gleichgesetzt
2. Wissenschaft ist im Alltag vieler BürgerInnen wenig präsent und häufig bestehen in der Bevölkerung abstrakte Vorstellungen darüber, wie Wissenschaft funktioniert
3. Kritik der Bevölkerung an Wissenschaft und Demokratie findet sich in allen Teilen der Gesellschaft und Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen sind oftmals nicht einheitlich ausgeprägt
4. Kritik an Wissenschaft und Demokratie steht im Zusammenhang und ist oftmals Ausdruck einer umfassenden Ablehnung bestehender politischer Verhältnisse
5. Wissenschaft vermittelt der Bevölkerung ihre Tätigkeit nur eingeschränkt und reflektiert zu wenig darüber, dass Forschungsergebnisse auch widersprüchlich sein können und die Wissenschaft und Forschung nicht unabhängig von Interessen ist
6. Der Strukturwandel der medialen Öffentlichkeit beinhaltet Herausforderungen für die Rolle von Wissenschaft in der Gesellschaft
7. In der österreichischen Gegenwart und Geschichte gibt es immer wieder Phasen der geringen Unterstützung und auch Unterdrückung von Wissenschaft
8. Österreichs Geschichte hat einen nationalen Habitus geprägt, der Wissenschaft als Beitrag zur Selbstaufklärung und demokratischen Praxis erschwert

Diskussion und Ausblick

Wissenschafts- und Demokratieskepsis sind ernst zu nehmende Phänomene und gerade deshalb ist eine informierte, auf wissenschaftlichen Ergebnissen beruhende und unaufgeregte Debatte, angezeigt und entscheidend; auch um entsprechende Handlungsschritte zu setzen. Die systematische und unbegründete Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden sowie demokratischer Prozesse, die sich in manchen Teilen der Bevölkerung zeigt, ist problematisch und für die Herausforderungen unserer Zeit, wie zum Beispiel die Klimakrise, abträglich. Dies ist auch ein Auftrag für Politik und Wissenschaft selbst zu handeln. Die vorliegende Studie hat dazu eine erste Basis erarbeitet.

Dabei ist es aus Sicht dieser Studie wichtig, dass es sich bei Kritik und Skepsis gegenüber Wissenschaft und Demokratie um Phänomene handelt, die sich in allen Bereichen der Bevölkerung finden lassen und die miteinander in Verbindung stehen. Daher macht es auch Sinn, diese Bereiche zusammen zu denken. Da sich Kritik an Wissenschaft- und Demokratie in einer Vielfalt an Überzeugungen und Standpunkten begründet, ist es auch notwendig, vielfältige Maßnahmen zu setzen.

Ein großer Teil an skeptischen beziehungsweise kritischen Haltungen bezieht sich dabei nicht auf die Wissenschaft oder die Demokratie selbst, sondern vielmehr auf Teilbereiche, Rahmenbedingungen, Verknüpfungen mit anderen Gesellschaftsbereichen und deren praktische Umsetzung sowie an der Art, wie Wissenschaft und Politik mit der Bevölkerung kommunizieren. Dies kann eine Chance darstellen. Viele Personen, die Kritik an Wissenschaft und Demokratie äußern, lehnen diese Bereiche nicht systematisch und unbegründet ab und können daher auch im Dialog erreicht werden. Dafür müssen jedoch Räume geschaffen werden. Ebenfalls muss die Wissenschaft ihre eigene Rolle kritisch reflektieren und sich transparent in den (öffentlichen) Diskurs einbringen. Dazu ist es notwendig, dass seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen grundsätzliches Verständnis für Wissenschaft und Vertrauen in ihre Rolle in der Gesellschaft vorhanden ist, damit die Wissenschaft einen Beitrag für evidenzinformierte Politik leisten kann. Dies ist zentral für eine demokratische Gesellschaft und ihre Herausforderungen.